



Wassersektor aus der Konzessionsrichtlinie herausgenommen

Das EU-Parlament hat Mitte Januar bestätigt, dass der Wassersektor aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungskonzessions-Richtlinie herausgenommen wird. Formal fehlt nun nur noch die Zustimmung des Ministerrates, bevor es zur Veröffentlichung der Richtlinie kommt. Die Mitgliedstaaten müssen die RL dann innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umsetzen.

Der Wassersektor war ursprünglich in die Konzessionsrichtlinie aufgenommen worden, obwohl seitens Deutschland massiv gefordert wurde, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aus dem Anwendungsbereich der RL auszunehmen. Eine Öffnung hin zur Liberalisierung/ Privatisierung wurde daher in den Medien und der Bevölkerung befürchtet. Diese Situation hatte zur ersten Europäischen Bürgerinitiative geführt; die entsprechende Petition gegen die Privatisierung der Wasserversorgung haben rund 1,5 Millionen Menschen unterzeichnet.

UBA fordert Reduzierung der Stickstoffeinträge durch Überarbeitung der DüV

Das Umweltbundesamt (UBA) hat in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Bundesverband der Verbraucherzentralen gefordert, die Düngeverordnung (DüV) zügig zu überarbeiten, um eine Reduzierung der Stickstoffeinträge und eine Steigerung der Stickstoffeffizienz zu erzielen. Stickstoff sei zwar für den Anbau ein wichtiger Nährstoff, allerdings werden nur Teile von den Pflanzen aufgenommen, so dass ein Teil in der Luft und im Grund- und Oberflächengewässer landet, was bereits dazu geführt habe, dass die Nitratgrenzwerte im Grundwasser bei einem Viertel aller Grundwasservorkommen in Deutschland überschritten werden. Das UBA bezieht sich bei seinen Empfehlungen insbesondere auch auf die Empfehlungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU; vgl. Infofax 10/2013) und hält insbesondere eine umfassende und transparent dokumentierte Nährstoffbilanzierung für erforderlich, um die Nährstoffüberschüsse zu begrenzen. Des Weiteren sollte laut UBA und vzbv die Anzahl der Tiere auf maximal 2 Großvieheinheiten (GVE) pro ha begrenzt werden.

1. Workshop Gewässerkunde des NLWKN

Der NLWKN lädt zum 1. Workshop Gewässerkunde am 20.03.2014 in Oldenburg ein. Der Workshop Gewässerkunde will für die Fachöffentlichkeit ein Forum bieten, die Dienstleistungen des NLWKN im Bereich des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) im NLWKN näher kennen zu lernen. Vertiefend soll auf die Themen Hochwasserschutz und Überschwemmungsgebiete eingegangen werden. Nähere

Informationen zum Programm sowie das Anmeldeformular finden Sie auf der Homepage des WVT unter

http://www.wasserverbandstag.de/main/pdfs/Programm_Workshop_Gewaesserkunde.pdf

Klimaschutzziele erreicht - Stromsteuerentlastung wird in voller Höhe gewährt

Das Bundesministerium der Finanzen hat im Bundesgesetzblatt vom 28.11.2013 bekannt gegeben, dass die Emissionsminderungsziele aus der Klimaschutzvereinbarung vom 09.11.2000 zu 100 % erfüllt wurden. Somit können die Steuerentlastung gemäß § 55 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Energiesteuergesetzes sowie bzw. Stromsteuervergütung gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Stromsteuergesetzes für das Jahr 2012 in voller Höhe gewährt werden.

Entschießung des Bundesrates zur Anwendung von Glyphosat

In seiner Sitzung vom 08.11.2013 hat der Bundesrat beschlossen, eine Entschließung zu fassen, die darauf hinweist, dass das europäische und deutsche Pflanzenschutzrecht dazu verpflichtet, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf das Notwendigste zu beschränken. Laut Bundesrat ist aus Gründen des vorbeugenden Verbraucherschutzes ein verbesserter Schutz der Bevölkerung vor vermeidbaren Rückständen z.B. in Lebensmitteln erforderlich. Der Bundesrat stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die regelmäßige Anwendung von Glyphosat nicht der guten fachlichen Praxis entspricht. Der Bundesrat fordert daher in seiner Entschließung die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Anwendung von Glyphosat zur Abreifebeschleunigung von Getreide zu verbieten und allenfalls klar abgegrenzte Ausnahmen zuzulassen. Des Weiteren bittet der Bundesrat die Bundesregierung, zeitnah gesetzliche Regelungen zu schaffen, die eine Anwendung von glyphosathaltigen Herbiziden im Haus- und Kleingartenbereich verbietet (BR-Drs. 704/13).

Kommission legt Leitlinien zur Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie vor

Zur Durchführung der Energieeffizienzrichtlinie der EU (Inkraft seit 04.12.2012) hat die Kommission nun Leitlinien erlassen. Die Energieeffizienzrichtlinie sieht verbindliche Maßnahmen zur Intensivierung der Bemühungen der Mitgliedstaaten um eine effizientere Energienutzung in allen Phasen der Energieversorgungskette vor – von der Energieumwandlung und -verteilung bis zum Endverbrauch. Die Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten ist erforderlich bis 05.06.2014, allerdings müssen die Mitgliedstaaten ihre geplanten politischen Maßnahmen der Kommission bereits bis zum 05.12.2013 vorlegen. Die nun von der Kommission vorgelegten Leitlinien sollen eine Interpretationshilfe darstellen und so sicherstellen, dass alle Mitgliedsstaaten die Vorgaben der Richtlinie in gleicher Weise verstehen und umsetzen. Anfang November hat die Kommission dem Bundesrat eine Zusammenfassung der Leitlinien zukommen lassen (Bundesrats-Drs. 758/13); diese wird in den verschiedenen Ausschüssen des Bundesrates beraten, bevor sich der Bundesrat (frühestens in seiner Sitzung am 19.12.2013) damit befasst. unter http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_de.htm, stehen die Leitlinien zur Verfügung.